

«Das System stösst an seine Grenzen»

Der Basler Volksschulleiter Urs Bucher erklärt, warum eine Rückkehr zu mehr Separation für den Erhalt der Integrativen Schule nötig ist.

Maria-Elisa Schrade

Die Integrative Schule wird derzeit kontrovers diskutiert. Schweizweit gehen Lehrpersonen auf die Barrikaden, weil sie die Integration einer steigenden Zahl förderbedürftiger Kinder bei parallel zunehmendem Leistungsdruck überfordert. Im Kanton Basel-Stadt fordert der Lehr- und Fachpersonenverband Freiwillige Schulsynode (FSS) deshalb in einer Initiative die Wiedereinführung von Kleinklassen. Das will das Basler Erziehungsdepartement zwar möglichst verhindern, doch auch sein geplanter Gegenvorschlag bedeutet eine Rückkehr zu mehr Separation.

Herr Bucher, viele Lehrpersonen verlangen, dass Kinder mit Förderbedarf wieder mehr segregiert werden können. Ist das Modell der Integrativen Schule gescheitert?

Urs Bucher: Nein, das sehe ich nicht so. Die Integrative Schule ist ein Erfolgsmodell bei uns in Basel, aber auch sonst in der Schweiz. Sie kommt aber mit den bisherigen Mitteln – unter anderem auch wegen der Zunahme der Kinder und Jugendlichen, die Unterstützung brauchen – an ihre Grenzen. Deshalb müssen wir zusätzliche Massnahmen ergreifen, damit das System Schule belastbar bleibt.

Ziel einer inklusiven Bildung ist es, möglichst alle Kinder gemeinsam zu beschulen. Die geplanten Massnahmen gehen aber einen Schritt in die umgekehrte Richtung. Welche Botschaft senden wir damit?

Das kann man verschieden lesen. Wir müssen eins sehen: Integration vor Separation ist die goldene Regel, die bleibt bestehen. Aber in Basel haben wir fast schon Integration statt Separation gelebt.

Was bedeutet das konkret?

Das heisst, wir haben auch versucht, Kinder zu integrieren, bei denen wir gemerkt haben, dass das den Rahmen sprengt. Wir haben aber die Verantwortung für die ganze Klasse. Deshalb gibt es Fälle, in denen ich als Volksschulleiter eine Separation verfügt habe. Das wird es auch weiterhin geben.

Da reden Sie von sonderpädagogischen Angeboten. Das Erziehungsdepartement plant aber auch mehr Separation an den Regelschulen in Form von Förderklassen oder Fördergruppen.

Genau, das wäre unser Gegenvorschlag. Es läuft gerade die Konsultation. Mal schauen, welche Option die Lehrpersonen und Verbände sowie die weiteren Konsultationspartner präferieren. Aber ich würde mir wünschen, dass es Richtung Fördergruppen geht.

Warum?

Unser bevorzugter Ansatz wäre, Schülerinnen und Schüler mit



An den Basler Volksschulen soll wieder mehr separiert werden.

Symbolbild: Nicole Nars-Zimmer

«Integration vor Separation ist die goldene Regel.»



Urs Bucher
Volksschulleiter Basel-Stadt

kognitivem Rückstand nur für die Fächer Deutsch und Mathe aus der Klasse zu nehmen und in kleinen Gruppen zu unterrichten. Beim Rest würden sie mit ihrer Stammklasse weiterlaufen.

Primär verhaltensauffällige Kinder sollen künftig auf eine sogenannte Lerninsel geschickt werden können. Für die Betreuung ist eine sozialpädagogische Fachkraft unter Zunahme einzelner Lektionen Heilpädagogik vorgesehen. Reicht das? Ob das ausreicht, wird sich zeigen. Es ist ein Anfang, den wir machen müssen. Die Idee ist, dass Kinder in einer akuten Krise aus einem Klassenverband herausgenommen werden können. Das kann für zwei Stunden sein oder für ein bis mehrere Tage.

Unter zusätzlicher Abklärung soll möglich sein, dass Kinder mehrere Wochen in einer Lerninsel separat betreut werden.

Die Lerninseln sollten eigentlich nicht ein Gefäss sein, wo die Kinder über längere Zeit bleiben. Sie sollten möglichst schnell wieder in ihre Stammklasse zurückkehren können, wo sie integriert sind. Würde in Ausnahmesituationen ein Aufenthalt länger als zwei Wochen dauern, müsste ich das verfügen. Wir können die Kinder nicht für längere Zeit separieren, ohne dass wir das für ihre Eltern anfechtbar machen.

Ein verhaltensangepasstes Umfeld ist mehreren Studien zufolge das wichtigste Förderkriterium für verhaltensauffällige Kinder. Provozieren Sie nicht eine weitere Eskalationsstufe, wenn sie diese Kinder bei akuten Krisen alle zusammenstecken?

Wenn Sie den Teufel an die Wand malen und sagen, es kommen sechs Kinder gleichzeitig, die akut ausrasten, würde das, wann immer Sie ein solches System haben, zu einer Überforderung führen. Aber davon gehen wir nicht aus. Es wird wahrscheinlich so sein, dass einzelne Kinder kommen und schon nach kurzer Zeit wieder in die Stammklasse zurückgehen.

Inwiefern unterscheiden sich die Lerninseln von anderen Time-out-Angeboten und der Krisenintervention, die wir schon in Basel-Stadt haben? Warum brauchen wir dieses zusätzliche Instrument?

Die Kriseninterventionsstelle ist am Anfang in erster Linie beratend da, sie kann nicht sofort Kinder aufnehmen. Wir haben von Lehrpersonen stark gespürt, dass sie unbedingt eine Flexibilität vor Ort brauchen, die ihnen erlaubt, schnell zu reagieren.

Besteht dabei nicht das Risiko, dass das von Lehrpersonen genutzt wird, um Kinder auch längerfristig auszusondern?

Die Gefahr besteht tatsächlich. Daher ist es sehr wichtig, dass wir dieses Instrument sorgfältig einführen und die Lehrerinnen und Lehrer gut zum Umgang mit Lerninseln geschult werden.

Werden Lehr- und Fachpersonen ausreichend darauf vorbereitet, was es bedeutet, in einer Integrativen Schule zu unterrichten?

Die Lehrerausbildung hat das in den letzten Jahren in ihrem Curriculum aufgenommen. Aber das ist ein Bachelor mit einem wahnsinnig dichten Programm. Da ist der Anteil Sonderpädagogik relativ bescheiden.

Wie liesse sich das ändern?

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) wünscht nicht einen Masterstudiengang für Primarschullehrpersonen. Die pädagogischen Hochschulen können jedoch nicht noch mehr in das Bachelorprogramm aufnehmen. Wir müssen daher auf das lebenslange Lernen der Lehrpersonen setzen.

Lebenslanges Lernen ist super. Es gibt aber keine

Weiterbildungspflicht für Lehrpersonen in Basel-Stadt.

Die gibt es nicht, das stimmt. Also es gibt sie indirekt. Im Lehrauftrag ist diese enthalten: 85 Prozent der Arbeitszeit sind für Unterrichten, Vorbereitung, Nachbereitung. 15 Prozent sind zu drei gleichen Anteilen für Weiterbildung, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Teilnahme an Sitzungen und Administratives vorgesehen.

Die Qualität von Bildung wird primär anhand kognitiver Leistungen bewertet. Stellen wir diese dadurch nicht immer in Konkurrenz zur Chancengerechtigkeit?

Es stimmt, dass sich die ÜGK (Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen) und Pisa-Tests primär auf kognitive Fähigkeiten in Deutsch, Mathe und Fremdsprachen abstützen. Aber Schule ist viel mehr – Bildungsqualität ist viel mehr als nur diese Erhebungen.

Was denn zum Beispiel?

Bildungsqualität ist für mich zum Beispiel auch Schultheater, das sind Exkursionen, das ist Lernen am Objekt, das sind ganz viele Sachen, die wir nie erwähnen, wenn wir nur von diesen Leistungstests sprechen.

Was bedeuten die im Gegenvorschlag angedachten Schulreformen für das kantonale Behindertenrechtsgesetz und die UNO-Behindertenrechtskonvention?

Ich glaube, das steht in Kontinuität mit dem, was wir machen. Die UN-Behindertenrechtskonvention besagt ja, dass alle An-

spruch auf ein inklusives Leben haben, also auch auf eine Integration in die Gesellschaft. Und das versuchen wir auch möglichst konsequent an den Volksschulen umzusetzen.

Inwiefern?

Mit allen Massnahmen, die wir treffen, versuchen wir, das integrative System so gut wie möglich auszubauen. Zurzeit spüren wir eine Gegenbewegung – dass man wieder mehr Separation will. Wir versuchen das durch flankierende Massnahmen abzufangen, damit das Gesamtsystem Schule in einer Weise entlastet wird, dass die Integration trotz allem gelingen kann.

Ist das ein Massnahmenpaket, das primär förderbedürftige Kinder entlasten soll oder ihre Lehrpersonen?

Sowohl als auch. Wenn uns die Lehrpersonen zurückmelden, dass sie nicht mehr können, müssen wir das ernst nehmen und etwas dagegen tun. Sonst kommt das System zum Einbruch, und dann ist niemandem gedient. Daher versuchen wir den Spagat, gleichzeitig den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern zu helfen.

Sie haben gesagt, für eine erfolgreiche Inklusion benötigen wir Haltung, Wissen und Ressourcen: Wo liegt der Fokus im Gegenvorschlag?

Es braucht alle drei. Aber die Ressourcen sind am schwierigsten zu kriegen. Die Politik muss Geld sprechen, damit es funktioniert. Der Regierungsrat beantragt nun 16 Millionen Franken, damit wir dieses System tragfähig machen können.